

PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR BERLIN-WAHL 2026

#BERLINBESSERMACHEN: EINE LEBENSWERTE UND GERECHTE STADT FÜR ALLE!

Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin steht für Offenheit, Toleranz, und Vielfalt. Grundlage unseres Handelns sind demokratische Überzeugungen und die Achtung der Menschenwürde. Wir unterstützen und ermutigen Menschen, selbstbestimmt am Leben teilzunehmen und sich einzubringen. Wir setzen uns im Rahmen der Wirkungsorientierung von sozialer Arbeit dafür ein, dass Menschen die bestmögliche Unterstützung bekommen und Ressourcen gezielt eingesetzt werden. Der Paritätische Berlin und seine Mitglieder stehen für „Soziale Arbeit, die wirkt“.

Wir stärken Tag für Tag die Zivilgesellschaft, unterstützen Engagement und sozialen Zusammenhalt, fördern Inklusion und soziale Teilhabe und bauen Brücken zwischen sozialer Arbeit, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft. Der Paritätische Berlin setzt sich dafür ein, dass Berlin eine vielfältige, gerechte und lebenswerte Stadt für alle Menschen ist und bleibt.

FÜR DEMOKRATISCHES ZUSAMMENLEBEN, FÜR EINE SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT



Wir setzen uns dafür ein, dass niemand diskriminiert wird, und stehen für unsere Werte: Offenheit, Toleranz und Vielfalt. In Berlin leben knapp 3,7 Millionen Menschen aus über 190 Nationen. Das macht unsere Stadt reich und bunt. Vielfalt ist unsere gesellschaftliche Realität. Wir fördern freiwilliges Engagement und Menschen, die Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen und sich einbringen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle gehört werden, sich beteiligen können und gleiche Chancen bekommen. Dafür brauchen wir offene, inklusive und wohnortnahe Orte, zum Beispiel Stadtteilzentren oder Seniorentreffs, wo sich Menschen begegnen, zusammenkommen und sich gegenseitig unterstützen können. **Zusammen sind wir Berlin.**

SCHNELLE UND UNBÜROKRATISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR ALLE, DIE HILFE BRAUCHEN



Alle haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Hilfe, egal wie alt, wie reich, wie gesund jemand ist oder woher sie oder er kommt. Das reicht von Beratung und Unterstützung im Alltag und bei sozialen und/oder psychischen Notlagen, über die Angebote für Menschen mit Behinderungen bis zur Pflege im Alter. Wir fordern, dass jeder Mensch am Leben teilhaben kann und Rechtsansprüche auf Leistungen ohne Wenn und Aber erfüllt werden. Jede und jeder von uns kann in eine Situation kommen, in der Unterstützung nötig wird. Alle, die Hilfe brauchen, sollen Hilfe bekommen. Menschen sind kein Kostenfaktor. Das macht eine solidarische Gemeinschaft aus, dafür machen wir uns stark. **Gemeinsam #berlinbessermachen.**

PRÄVENTION UND BILDUNG SIND INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT



Frühe Unterstützung und Präventionsangebote helfen, dass Menschen stark bleiben und schwierige Situationen gar nicht erst entstehen. Zum Beispiel bei gesundheitlichen Schwierigkeiten, bei Schulden oder anderen Herausforderungen. So werden nicht nur langfristig Kosten gespart, sondern vor allem Leid verhindert und Hilfe zur Selbsthilfe gefördert. Dafür braucht es verständliche Informationen und wohnortnahe Anlaufstellen. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft: Kitabetreuung, gute Bildung und gleiche Chancen für alle. Bei Kindern und Jugendlichen legen wir damit den Grundstein für ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben. Wir wollen Familien stärken, damit sie ein sicherer Ort für Kinder und Jugendliche sind. Wer hier investiert, schafft **eine bessere Zukunft für alle.**

WOHNEN MUSS FÜR ALLE BEZAHLBAR SEIN



Besonders für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen wird es immer schwerer, in Berlin eine Wohnung zu finden. Die Zahl von obdach- und wohnungslosen Menschen steigt. Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Menschen in Berlin Wohnen zu fairen Konditionen jetzt und in Zukunft möglich ist, unabhängig von Geldbeutel, Herkunft oder Alter. Wir fordern **bezahlbares Wohnen für alle**.

POLITIK, VERWALTUNG, ZIVILGESELLSCHAFT: GEMEINSAM FÜR EINE FUNKTIONIERENDE STADT



Zivilgesellschaftliche Akteure und Akteurinnen wie freie gemeinnützige Organisationen und Vereine sind unersetzlich, damit Kinder in der Kita betreut werden, Menschen mit Behinderungen aktiv sein können oder alte und kranke Menschen gut versorgt werden. Auch die unsichere Weltlage und der Klimawandel haben Auswirkungen auf die Menschen in Berlin. Um die zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir ein gemeinsames Planen und Handeln von Zivilgesellschaft, Politik, Senats- und Bezirksverwaltungen sowie staatlichen Behörden. Wir fordern eine Sozialplanung für ganz Berlin. Wir brauchen weniger Bürokratie, mehr Verlässlichkeit, gegenseitiges Vertrauen und Augenhöhe, um konkrete Lösungen umzusetzen. Wir alle sind Partner mit dem gleichen Ziel: **ein soziales, sicheres und zukunftsfähiges Berlin für alle**.

PRESSEKONTAKT

Kathrin Zauter

Pressesprecherin

Telefon: 030 860 01-175

zauter@paritaet-berlin.de



**Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Berlin e. V.**

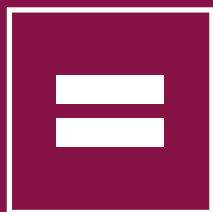
Brandenburgische Str. 80, 10173 Berlin

Telefon: 030 860 01-01

paritaet-berlin.de

#BERLINBESSERMACHEN

     @paritaetberlin



PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR BERLIN-WAHL 2026

FÜR DEMOKRATISCHES ZUSAMMENLEBEN, FÜR EINE SOLIDARISCHE GEMEINSCHAFT

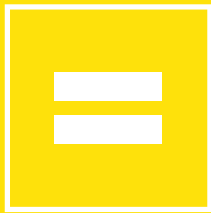


Wir setzen uns dafür ein, dass niemand diskriminiert wird, und stehen für unsere Werte: Offenheit, Toleranz und Vielfalt. In Berlin leben knapp 3,7 Millionen Menschen aus über 190 Nationen. Das macht unsere Stadt reich und bunt. Vielfalt ist unsere gesellschaftliche Realität. Wir fördern freiwilliges Engagement und Menschen, die Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen und sich einbringen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle gehört werden, sich beteiligen können und gleiche Chancen bekommen. Dafür brauchen wir offene, inklusive und wohnortnahe Orte, zum Beispiel Stadtteilzentren oder Seniorentreffs, wo sich Menschen begegnen, zusammenkommen und sich gegenseitig unterstützen können.

Zusammen sind wir Berlin.

Unsere Demokratie braucht die Begegnung und den Austausch unterschiedlicher Meinungen. Sie lebt von Beteiligung, der Fähigkeit, gemeinsam Lösungen zu finden und vor allem vom Engagement aller. Das wollen wir stärken. Wir setzen uns dafür ein, **Begegnungsorte wie Selbsthilfekontaktstellen, Stadtteilzentren, und Freiwilligenagenturen bekannter zu machen**, personell gut auszustatten **und sicher zu finanzieren**. Stadtteilzentren schaffen Räume für Begegnung, in denen Menschen aktiv Verantwortung übernehmen können. Selbsthilfekontaktstellen bieten Beratung und Unterstützung zur Selbsthilfe. Freiwilligenagenturen sind Schnittstellen für die Förderung und Koordination von Engagement und beraten Interessierte sowie Organisationen und Initiativen im Bezirk. So können sich **soziale Organisationen ressortübergreifend vernetzen** und Unterstützung z.B. für geflüchtete Menschen oder Menschen mit Behinderungen, für Opfer von Diskriminierung, von sexueller Gewalt oder für alte und junge Menschen anbieten.

Wir unterstützen mit unseren Mitgliedern die **politische Bildung von Kindern und Jugendlichen**, ob in Kitas, Schulen oder Jugendorganisationen. **Wir fordern, Einrichtungen der Jugendarbeit auskömmlich zu fördern**, denn das sind die Räume, wo junge Menschen mitbestimmen, Verantwortung übernehmen und Demokratie erleben können. Angebote wie **Migrationsberatungen und Migrationsdienste** sind **wichtige Bausteine für eine solidarische Gesellschaft**, die allen die Chance gibt, sich einzubringen und mitzugestalten. Damit die Finanzierung weiterhin sichergestellt ist, fordern wir das Land Berlin auf, die **Beratungsstellen weiterhin finanziell zu unterstützen** und abzusichern. Zu einem demokratischen Zusammenleben gehört auch der entschiedene Einsatz **gegen Diskriminierung, Populismus und Rechtsextremismus**. Wir brauchen **mehr barrierefreie und inklusive Angebote**, damit alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Fähigkeiten oder Alter, mitwirken können. Wir setzen uns dafür ein, das **Landesdemokratiefördergesetz** rasch zu **verabschieden**, damit Demokratieprojekte unabhängig von jährlichen Haushaltsverhandlungen langfristig gesichert werden.



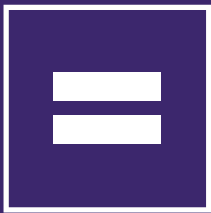
PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR BERLIN-WAHL 2026

SCHNELLE UND UNBÜROKRATISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR ALLE, DIE HILFE BRAUCHEN



Alle haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und Hilfe, egal wie alt, wie reich, wie gesund jemand ist oder woher sie oder er kommt. Das reicht von Beratung und Unterstützung im Alltag und bei sozialen und/oder psychischen Notlagen, der über die Angebote für Menschen mit Behinderungen bis zur Pflege im Alter. Wir fordern, dass jeder Mensch am Leben teilhaben kann und Rechtsansprüche auf Leistungen ohne Wenn und Aber erfüllt werden. Jede und jeder von uns kann in eine Situation kommen, in der Unterstützung nötig wird. Alle, die Hilfe brauchen, sollen Hilfe bekommen. Menschen sind kein Kostenfaktor. Das macht eine solidarische Gemeinschaft aus, dafür machen wir uns stark. **Gemeinsam #berlinbessermachen.**

Wir treten ein für einen starken Sozialstaat. Das solidarische, gleichberechtigte Miteinander ist ein Fundament unserer demokratischen Gesellschaft. Niemand wird systematisch ausgeschlossen oder benachteiligt. Wir setzen uns dafür ein, dass die gesetzlich garantierten Rechtsansprüche auf Leistungen umgesetzt werden, ob in den **Hilfen für Erziehung, die Familien, Kinder und Jugendliche unterstützen, in der Eingliederungshilfe, in der Menschen mit gesundheitlicher Beeinträchtigung geholfen wird, oder bei der Unterstützung für Menschen, die in eine besondere Notlage geraten sind.** Wir fordern das Land Berlin auf, dafür zu sorgen, dass diese Hilfen (die sogenannten Transferleistungen) schnell und unbürokratisch gewährleistet werden. Das Behördenpingpong muss aufhören und eine schnelle Bearbeitung der Anträge ist zu garantieren. Wir fordern, dass Frauen vor Gewalt geschützt werden und der **Ausbau von Frauenschutzplätzen** fortgesetzt wird. Wir fordern, dass Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderungen und auch Haftentlassenen geholfen wird. **Alle Menschen, die Unterstützung brauchen, müssen sie bekommen, so schnell und umfassend, wie nötig.**



PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR BERLIN-WAHL 2026

PRÄVENTION UND BILDUNG SIND INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT



Frühe Unterstützung und Präventionsangebote helfen, dass Menschen stark bleiben und schwierige Situationen gar nicht erst entstehen. Zum Beispiel bei gesundheitlichen Schwierigkeiten, bei Schulden oder anderen Herausforderungen. So werden nicht nur langfristig Kosten gespart, sondern vor allem Leid verhindert und Hilfe zur Selbsthilfe gefördert. Dafür braucht es verständliche Informationen und wohnortnahe Anlaufstellen. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft: Kitabetreuung, gute Bildung und gleiche Chancen für alle. Bei Kindern und Jugendlichen legen wir damit den Grundstein für ein erfülltes, selbstbestimmtes Leben. Wir wollen Familien stärken, damit sie ein sicherer Ort für Kinder und Jugendliche sind. Wer hier investiert, schafft **eine bessere Zukunft für alle.**

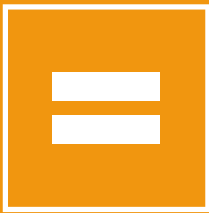
In **Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäusern, Bürger- und Familienzentren**, Senioren- und Jugendclubs kommen Menschen zusammen. Dort gibt es nicht nur Informationen, Mitmachangebote für die Menschen im Kiez, sie **sind** auch **soziale Knotenpunkte, wo Menschen Hilfe und Unterstützung finden**. Es ist wichtig, dass die dort angesiedelten Informations- und Beratungsstellen wie die **Schuldner- und Insolvenzberatung** nicht nur erhalten bleiben, sondern auch **sicher und auskömmlich finanziert** werden. Denn wir alle wissen: Je früher Probleme gelöst oder Schulden bezahlt werden, desto besser. Genauso verhält es sich mit den **Kontakt- und Beratungsstellen für Menschen in seelischen Krisen oder mit psychischen Erkrankungen oder mit den Beratungs- und Therapieangeboten für suchtkranke Menschen**, die es in den Bezirken gibt. Auch sie sind bedroht, weil Gelder gestrichen werden. Wir fordern, die **wohnortnahen niedrigschwelligen Angebote in den Bezirken zu erhalten**. Unsere Gesellschaft wird älter: Das sogenannte **Altenhilfestrukturegesetz soll die Teilhabe älterer Menschen besser möglich machen**. Dafür muss es endlich umgesetzt werden, damit ältere Menschen mehr Unterstützung bekommen, wenn sie zum Beispiel eine neue Wohnung suchen, nicht mehr so mobil oder auch von Armut bedroht oder betroffen sind.

Wir begrüßen, dass das Land Berlin mehr Erzieherinnen und Erzieher pro Kind finanziert. So können Fachkräfte trotz sinkender Kinderzahlen in den Kindertagesstätten und der Kindertagespflege gehalten werden. Das bedeutet mehr Zeit für das einzelne Kind, mehr Zeit für gute Betreuung und Förderung. Die Vielfalt von Kindern und von Kindern mit besonderen Herausforderungen wie **körperlichen oder psychischen Behinderungen nehmen zu**. Es braucht eine **verlässliche Ausstattung mit Fachkräften**, damit jedes Kind individuell gefördert werden kann. Ziel muss es sein, den Übergang in die Schule gut vorzubereiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass es ein **vielfältiges und für alle erreichbares Angebot gut ausgestatteter Schulplätze** gibt.

Oft helfen dabei auch **Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter**. Sie unterstützen, wenn es Probleme beim Lernen oder in der Familie gibt. Auch für sie braucht es eine **sichere Finanzierung**, genauso wie für den Bereich der **Familienzentren, der Jugendhilfe oder Jugendarbeit**.

So stellen Jugendclubs oft Angebote für Kinder und Jugendliche aus armen oder auch belasteten Familien bereit. Sie stärken nicht nur die Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und damit unsere Gemeinschaft, sie helfen auch, präventiv über sucht- und gesundheitspolitische Themen aufzuklären. **Sie fördern Chancengleichheit und Mitwirkung und damit das Vertrauen von Kindern und Jugendlichen in die Demokratie. Zur Sicherung der wichtigen präventiven Angebote müssen die Bezirke auskömmlich finanziert werden.**



PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR BERLIN-WAHL 2026

WOHNEN MUSS FÜR ALLE BEZAHLBAR SEIN



Besonders für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen wird es immer schwerer, in Berlin eine Wohnung zu finden. Die Zahl von obdach- und wohnungslosen Menschen steigt. Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Menschen in Berlin Wohnen zu fairen Konditionen jetzt und in Zukunft möglich ist, unabhängig von Geldbeutel, Herkunft oder Alter. Wir fordern **bezahlbares Wohnen für alle**.

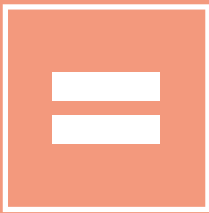
Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnen für alle Menschen bezahlbar bleibt. Dafür brauchen wir in ganz Berlin **wirksame Regeln gegen zu hohe Mieten**. Bestehende Nachbarschaften sollen geschützt werden (Milieuschutz). Beim Bauen und Vermieten sollen Menschen wichtiger sein als Gewinne. Wohnungen sollen zum Nutzen aller Menschen da sein.

Auch für soziale Organisationen wird es immer schwieriger, geeignete Räume für ihre Angebote zu finden. Steigende Mieten und geringe Verfügbarkeit führen dazu, dass viele Projekte ihre Arbeit einschränken, umziehen oder sogar schließen müssen. Das schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und beeinträchtigt das soziale Leben in unserer Stadt. Damit soziale Angebote Menschen unterstützen können, brauchen sie bezahlbare Räume. Um das abzusichern, **fordern wir, die Zivilgesellschaft, also freie gemeinnützige Träger, Bürgerinitiativen und Verbände unter anderem von Anfang an in die Planung neuer Bauvorhaben einzubeziehen und Kontingente in Neubauprojekten** für soziale Organisationen festzulegen. Wir schlagen außerdem vor, die **Mehrfachnutzung bestehender und neuer Räume**, zum Beispiel in Kitas, Schulen oder Büros, noch umfassender und schneller zu ermöglichen.

Für besonders gefährdete, schutzbedürftige Gruppen wie Alleinerziehende oder Frauen, die Gewalt erfahren haben, brauchen wir **mehr bezahlbare Wohnungen**. Für Menschen, die wegen einer psychischen Erkrankung in einer stationären Einrichtung behandelt wurden, oder Menschen, die ihre Freiheitsstrafe verbüßt haben, brauchen wir ein besseres Übergangsmanagement, damit sie nicht in die Obdachlosigkeit entlassen werden. Das Gleiche gilt für **Jugendliche**, die in Einrichtungen der Jugendhilfe betreut werden. Auch sie brauchen dringend Wohnungen, wenn sie mit der Volljährigkeit diese Einrichtungen verlassen müssen. Es ist ein **Skandal, dass viele dieser Jugendlichen aktuell in Obdachlosenunterkünften untergebracht sind**.

Wir halten die aktuelle Unterbringung von Geflüchteten, darunter viele Kinder und Familien, in Massenunterkünften für falsch. Das fördert Abschottung und verhindert sowohl Bildung als auch Integration. Eine bessere Strategie wäre der **Bau sogenannter Mobiler Unterkünfte (MUFs)**, die später auch als Wohnungen, zum Beispiel für Studierende, genutzt werden könnten. Den Ansatz, Pflegeheime oder Pflege-WGs zum Beispiel für Studierende oder Auszubildende zu öffnen, wenn dort Zimmer zur Verfügung stehen, unterstützen wir. Denn beide Seiten profitieren von der Gemeinschaft.

Wir setzen uns für mehr Flexibilität und Weitsicht in der Stadtentwicklung ein: für eine inklusive, ganzheitliche und ressortübergreifende Stadtplanung. Dabei arbeiten wir mit anderen Organisationen und Bündnissen wie dem Berliner Mieterverein, dem Bündnis für Neubau und bezahlbare Mieten (Wohnungswirtschaft: BBU, Haus und Grund, landeseigene Wohnungsunternehmen) oder dem Bündnis Wohnungsnot stoppen zusammen.



PARITÄTISCHE POSITIONEN ZUR BERLIN-WAHL 2026

POLITIK, VERWALTUNG, ZIVILGESELLSCHAFT: GEMEINSAM FÜR EINE FUNKTIONIERENDE STADT



Zivilgesellschaftliche Akteure und Akteurinnen wie freie gemeinnützige Organisationen und Vereine sind unersetzlich, damit Kinder in der Kita betreut werden, Menschen mit Behinderungen aktiv sein können oder alte und kranke Menschen gut versorgt werden. Auch die unsichere Weltlage und der Klimawandel haben Auswirkungen auf die Menschen in Berlin. Um die zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir ein gemeinsames Planen und Handeln von Zivilgesellschaft, Politik, Senats- und Bezirksverwaltungen sowie staatlichen Behörden. Wir fordern eine Sozialplanung für ganz Berlin. Wir brauchen weniger Bürokratie, mehr Verlässlichkeit, gegenseitiges Vertrauen und Augenhöhe, um konkrete Lösungen umzusetzen. Wir alle sind Partner mit dem gleichen Ziel: **ein soziales, sicheres und zukunftsfähiges Berlin für alle.**

Wir merken es in unserem Alltag: Die Stadt ächzt unter den Herausforderungen: mehr Menschen, mehr Armut, Behördenpingpong und eine marode Infrastruktur machen uns allen das Leben schwer. Wir brauchen eine Stadt, die auch in Zeiten großer Herausforderungen gut und sicher für alle Menschen funktioniert. Wir brauchen **Zusammenarbeit auf allen Ebenen und kein Denken in Schubladen. Wir fordern eine gesamtstädtische Sozial- und Gesundheitsplanung für Berlin**, damit wir wissen, wo Hilfe nötig ist und wie wir die Mittel effizient einsetzen. So sollen zum Beispiel Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen genauso wie die Sucht- und Drogenhilfe berlinweit gesteuert werden, damit es genügend Ressourcen an den sozialen Brennpunkten gibt.

Wir fordern **Wertschätzung, Verlässlichkeit und Transparenz im Umgang mit gemeinnützigen Organisationen und ihren Mitarbeitenden**. Versprochene Tarifierhöhungen müssen auch refinanziert und Zusagen für die Weiterführung von sozialen Projekten eingehalten und zeitnah umgesetzt werden. Denn wir, die Träger der freien Wohlfahrtspflege, sind keine Bittsteller: **Gemeinnützige Organisationen sichern das soziale Berlin. Statt mehr Kontrolle brauchen wir Vertrauen und Zusammenarbeit.** Das neue Leistungs- und Vergütungssystem in der Eingliederungshilfe, also dort, wo Menschen mit Beeinträchtigungen unterstützt und betreut werden, ist ein schlechtes Beispiel dafür. Der Aufwand für Dokumentation und Controlling ist dadurch gestiegen, es bleibt weniger Zeit für die Menschen, die Hilfe brauchen. Wir fordern die **Einführung von Budgets für Leistungserbringer**, damit sie ihre Klientinnen und Klienten flexibel betreuen können. Wir brauchen die **Zusammenarbeit der Behörden auf allen Ebenen**, zum Beispiel ganz konkret in den Bezirken, wenn es um die Hilfe für obdachlose und psychisch kranke Menschen geht. Wir fordern, dass Jobcenter und Sozialämter besser zusammenarbeiten und dadurch arme Menschen schneller unterstützt werden können. Wir brauchen mehr Kooperation statt ein Neben- und Gegeneinander.

Wir müssen behördliche Prozesse einfacher gestalten und gemeinsam Wege finden, wie wir **Berlin angesichts von Klimawandel, wachsender Armut und einer älter werdenden Gesellschaft stärken können. Unser Ziel ist ein soziales und sicheres Berlin für alle.**